

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Dienstag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zwei Geschäftsstellen in Oestrich (Ost. Eisen), Marktstraße 9 und Eltsille (B. Fabry Witwe), Ecke Gassenberg- und Lammstraße.
Verantwortlich: Dr. phil. Franz Gersch; für den redaktionellen Teil: Julius Stienna. Oestrich; für Geschäftsstellen und den Anzeigenteil: J. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

26
August

Bezugspreis für das Vierteljahr 4,50 Mk., für den Monat 1,50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für den Vierteljahr 4,92 Mk., monatlich 1,64 Mk. mit Beleggeld, für Abholer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausw. Anzeigen 40 Pfg., Reklamazeile 2,00 Mk.; bei Wiederholungen entspr. Nachlag. Schluß der Anzeigenannahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Vorabend 6 Uhr. Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Schulrevolutionäre

Nach diesem Hin und Her, nach langem Zuhälter, ist in der Revision des Deutschen Reiches die Simultanschule als Normalform der deutschen Volksschule festgelegt worden. Gleichzeitig fand die Bestimmung Annahme, daß die Gemeinden gezwungen sind, konfessionelle oder religionslose Schulen einzurichten, sobald eine genügende Anzahl von Eltern die Errichtung solcher Schulen verlangt. In der Praxis wird dadurch der Grund, daß die Simultanschule die Regel sei, durchbrochen. Ursprünglich hatte man daran gedacht, alle drei Schularten — konfessionelle, simultane, religionslose — als gleichberechtigt nebeneinander zu stellen. Die Abwägungen darüber waren zwischen Zentrum und Sozialdemokraten bereits abgeschlossen. Da legten sich die Demokraten ins Mittel und es gelang ihnen, obwohl sie nicht zur Regierung gehören wollten, die Führer der Sozialdemokratie umzuwenden. Die Zentrumsfraktion glaubte verpflichtet zu sein, auch der neuen, wesentlich verschlechterten Regelung zuzustimmen zu müssen. Es sei heute dahingestellt, ob man auf dem Wege der Opposition nicht mehr erreicht hätte. Das Mindeste, was man verlangen mußte, war eben die Gleichstellung der konfessionellen Schule mit der Simultanschule. Jedenfalls läßt sich nicht bestreiten, daß bei dieser Gleichstellung der Dinge die Katholiken und auch die Protestanten, die auf dem Boden der konfessionellen Schule stehen, ein schmerzliches Opfer gebracht haben. Das wissen auch die sozialdemokratischen Führer und darum haben sie die Willkür, aus dem toten Paragraphen nun das Leben erkehen zu lassen. Wenn die Sozialdemokraten glauben sollten, den Paragraphen der Verfassung über die Schularten in der Praxis wirkungslos zu machen, so werden sie ihr blaues Wunder erleben. Denn die Gebilde der christlichen Teile des Volkes ist erschöpft, ein weiteres Entgegenkommen kann und darf es nicht mehr geben. Die Sozialdemokratie rühmt sich der neugeschaffenen Verfassung, denn nach ihr ist die Willkür zum Mindesten von ihren eigenen Anhänger und Gefolgsgegnern die Kritik durchzuführen zu verlangen. Würde die Verfassung auf dem Gebiete der Schule durchbrochen, dann wären sämtliche Paragraphen ein verlorener Stein. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir lassen nicht das, was im Reich beschlossen wurde, durch die Einzelstaaten oder durch die Gemeinden vernichten. Denn — und das ist der springende Punkt — die Verfassung ist nicht unter Opposition, sondern unter maßgebender Mitwirkung der Sozialdemokratie zustande gekommen.

Die Kultusminister der Einzelstaaten haben gegen den Schulparagraphen bei dem Landesherrn Ebert Protest erhoben. Einmal verwahren sie sich dagegen, daß die einzelnen Gliedstaaten von oben und von unten, vom Reich und von den Gemeinden in ihren Rechten beeinträchtigt werden. Sodann beklagen sie die Aufhebung der Väter angelegten des weitgehenden Einflusses der Erziehungsberechtigten. Und drittens leben sie alle Verantwortung ab, falls sich in der Folgezeit Schwierigkeiten ergeben sollten. Handelt es sich bei dem Schriftstück auch nur um theoretische Forderungen, so kann doch wohl darüber kein Zweifel bestehen, daß die einzelstaatlichen Minister auf dem Wege der Verweigerung rücksichtslos Recht brechen werden. Dafür werden schon die notwendigen Vorkehrungen getroffen. Mit stichfestem Verlangen stellt die sozialdemokratische Presse fest, wie einzelne liberal-sozialdemokratische Führer in Verhandlungen gegen die Durchführung des Schulkompromisses protestieren. In Verhandlungen in Baden und Hessen, zwei geliebten Ländern der Simultanschule, verwerfen die radikalsten Lehrer die neue Gestaltung. „Die Lehrerschaft von Baden und Hessen ist arbeitslos, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln der Durchführung des Schulkompromisses Widerstand entgegenzusetzen.“ Als wirksamstes Mittel zur Verhinderung der Einführung konfessioneller Schulen wurde der Streik empfohlen. Die Reichsregierung hat sich in allen Sprachen. Als jüngst aus dem Rheinland von einer großen Versammlung die sofortige Volksabstimmung für und gegen die Rheinische Republik verlangt wurde, ließ der Ministerpräsident antworten, daß die Verfassung für alle gelte, die Verfassung aber enthalte die Sperre! Wir hoffen, daß Herr Bauer inzwischen auch die einzelstaatlichen Kultusminister auf die Verfassung hingewiesen hat. Sozialdemokratische Minister haben doch in erster Linie die Pflicht, Gesehe, die von der Sozialdemokratie beschlossen wurden, zur Durchführung zu bringen. Hoffentlich wird man auch der radikalsten Führerschaft zu Gemüte führen, daß ein politischer Streik unter diesen Umständen gebührend wird. Die in ihrer Reichheit an Sozialdemokraten bestehende Reichsregierung muß sich darüber klar sein, daß anders nicht Schuldlos mit sich treiben lassen. Um so mehr dann, wenn man einseitig, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt längst überschritten hat und im nächsten Reichstag ziemlich bedeutungslos sein dürfte. Die Herrschaften sollen den Vagen ja nicht überbäumen. Sie glauben immer noch die Herren der Welt zu sein und werden darum gar nicht, wie sie bald in das dunkle Nichts zurückfallen werden. Es haben letzten Jahres werden sieben magere Jahre unermesslich sein.

Alles ist im Fluss. Man kann es den Schulrevolutionären nicht verdenken, wenn sie die Minu-

der Stunde ausnutzen möchten. Nicht billigen aber kann man es, wenn selbst sozialdemokratische Führer gegen Paragraphen der Verfassung, die ihnen unbekannt sind, Sturm laufen. Die Zentrumspartei hat die Pflicht, auf der Daut zu sein. Die Verfassung ist von der Sozialdemokratie beschlossen worden, die Sozialdemokratie soll auch die Verfassung zur Durchführung bringen. Das mag ihr vielleicht unangenehm sein, aber wer A sagt, muß auch B sagen. Es war ja zu erwarten, daß die Sozialdemokratie, wegen des Kompromisses Schwierigkeiten bekommen würde. Sie hat nämlich früher große Worte meisterhaft gehalten und muß nun gestehen, daß alle Theorie grau ist. Bei den Schulrevolutionären der Linken findet sie damit keinen Anklang. Die Gefahr ist wahrlich nicht klein. Um so mehr müssen wir verlangen, daß die Verfassung eingehalten und nicht durch einzelstaatliche Maßnahmen durchbrochen wird.

Das besetzte Gebiet

Mr. Berlin, 25. Aug. Bei der Reichslandkommission in Düsseldorf fand heute eine Besprechung über die Errichtung des neuen Reichslandkommissariats, die auf Wunsch der Minister für das Besetzte mit dem besetzten Gebiet eingerichtet werden soll. Nach der Besprechung, die unter Leitung des Vorsitzenden der Reichslandkommission, Abgeordneter Helms, stattfand, nahmen Vertreter des Landwärtigen Rates, des Reichsministeriums der Finanzen, des Regierungspresidenten, der Kommunen und der Handelskammer teil. Es wurde vereinbart, daß auf volle Verbandsfreiheit bei der Organisation des Friedens hingewiesen werden solle. Zugleich wird die Einrichtung der neuen Reichslandkommission sehr wie möglich beschleunigt werden. Es werden unter verständig Verhandlung mit der Entente wegen Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahrensmittel ausgenommen. Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die neuen Verordnungen noch nicht in Kraft getreten sind. Politische Maßnahmen dürfen daher noch auf dem bisherigen Wege eingeleitet werden. Sobald eine Veränderung erfolgt, wird ihre Veröffentlichung in der Weise erfolgen.

Neue Wählereien

Berlin, 25. August. Dem „Berl. Vol. Anz.“ geht ein Bericht von besonderer Seite aus Rügen zu, dem wir folgendes entnehmen: Das Reich übernimmt die bayerische Wahlen in einer Zeit gefährlicher Gärung. Es ist den Radikalen gelungen, sich neu zu organisieren. Bei den Unabhängigen ist ein Solches der Scherzstreiche eingeleitet, um in einer Zeit von zwei Stunden die gesamte Wählerbevölkerung mobilisieren zu können. Unter einem Führer, der jeden einzelnen genau kennt, bilden je zehn Mann ihre Gruppe, einen Scherzstreik. Je zehn Gruppen haben als Oberleiter wieder einen Führer. Nach kleiner ist die Gliederung bei den Kommunisten. Diese werden von einem Führer mit dem Distrikt an der Spitze geleitet und arbeiten mit den Unabhängigen im enghen Einvernehmen. Die U. S. F. ist mehr oder minder das offizielle Wählergeheimnis des Sozialistengesetzes. Die Sozialisten warten nur auf den ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt völliger Vergewaltigung der Wähler, um ihre Pläne neuerdings zu verwirklichen.

Das Offen wird berichtet: In unterrichteten Kreisen wird behauptet, die Vorkere, die man kürzlich bei Demonstrationen bei kommunalistischen Führern in verschiedenen Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vorfand, ließen keinen Zweifel darüber, daß seitens der Sozialisten und Kommunisten ein neuer Aufschlag im Ruhrgebiet geplant ist. In einer Rede, die der Führer der Unabhängigen, Abg. Rudolph-Daggen, im Reichstagsklub hielt, sagte er, daß ein neuer Schlag geplant sei, der kommen werde trotz Ungarn. Er bemerkte, daß der Zusammenbruch der Reichsregierung in Budapest die deutschen Volksgenossen nicht abhalten werde, einen neuen Versuch zu machen, das Räuberreich in Deutschland einzuführen. Im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird trotz der äußeren Ruhe wieder mächtig gewühlt. In Arbeiterkreisen wird offen erklärt, im September solle es einen großen Schlag geben. Die Mobilisierung der Arbeitermassen macht unermessliche Fortschritte. Unter den Eisenbahnern, Kohlenarbeitern und Angehörigen der großen Werke herrscht Unruhe. Man hofft inoffiziell, daß der Ernst der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands die Mehrheit abhalten werde, der Versöhnungspolitik der Kommunisten Gefolgschaft zu leisten.

Leuerung in Frankreich

Mr. Paris, 25. August. (Davas.) Nach einer im „Excelsior“ veröffentlichten Zusammenfassung haben sich in ganz Frankreich die Lebensmittel und die Bedarfsgegenstände um 100 bis 250 % verteuert. In sieben Departements beträgt die Verteuerung 130 bis 150%, in 27 übersteigt sie 200% und in den übrigen schwankt sie zwischen 150 und 200%.

Kohlen und Transport

Berlin, 26. August. Aus Bergarbeiterkreisen wird in letzter Zeit in der Presse die Ansicht vertreten, eine Steigerung der Kohlenförderung habe deshalb keinen Zweck, weil der Transport der Kohlen infolge des Mangels an Transportmitteln nicht vorwärts gehen könne. Es wird behauptet, daß die geforderten Kohlen wegen der Richtigstellung von Wagen auf Gasse gestürzt werden müssen, und daß große Mengen von Kohlen auf den Bahnen lagern. Die Auffassung, daß irgendwelche Verände von Belang auf den Verkehr liegen, ist jedoch vollkommen irrig. Im Ruhrgebiet lagerten am 1. Juli 124.000 Tonnen Kohle, 340.000 Tonnen Holz und 300.000 Tonnen Dreifels auf den Bahnen. Der Kohlenbestand hielt lediglich das Erzeugnis eines halben Jahres aus, das und bildet die allerniedrigste Rate für die Gruben selbst. Die geringe Menge angelieferter Kohlen den früheren gegenüber, steht

daraus hervor, daß noch Ende Februar 1918 im Ruhrgebiet 24 Millionen Tonnen auf den Bahnen gelagert haben. In Oberhessen betrug der Kohlenbestand Ende Juli d. J. 550.000 Tonnen gegen 200.000 Tonnen Ende Juni. Er ist im Juli gegen den Vormonat hauptsächlich wegen des Eisenbahnverkehrs angewachsen, der auf Wochen hinaus den Transport oberhessischer Kohle auf empfindliche gestiegen hat; ein Beweis dafür, daß auch beim schlechten Arbeiten der Bahnen nicht der Wagenmangel, sondern der Streik der Eisenbahner Schuld an diesem Zustand ist. Auch in Oberhessen betragen die Kohlenbestände in den Vorjahren 1½ Millionen Tonnen, und mehr. Diese Zahlen beweisen, daß die Frage der Lagerung der Kohle in der Kohlenkrise eine untergeordnete Rolle spielt. Damit weicht sich auch die Auffassung, eine erhöhte Kohlenförderung wäre angesichts der Transport-schwierigkeiten nicht unbedingt notwendig, als durchsichtig und es kann auch in diesem Zusammenhang nicht scharf genug betont werden, daß ein weiterer Stagnation der Förderung von verhängnisvollen Wirkungen für das deutsche Wirtschaftsleben begleitet sein würde.

Die Jarenfamilie

Mr. Berlin, 25. August. Der „Berl. Vol. Anz.“ berichtet aus Amsterdam: Aus Ost wird gemeldet, daß die Verheiratheten im vergangenen Jahre ermordeten Mitglieder der russischen Jarenfamilie ausgegraben und nach dem Osten geschickt worden sind. Die Verheiratheten Jaren und seiner Familie wurden gleich nach Ausbruch des Verbrechens erschossen und verbrannt.

Schweres Eisenbahnunglück

Mr. Versailles, 25. Aug. In der Nacht zum Samstag entgleiste auf der Station Kritik (Dep. Vaucluse-Pyreneen) der Schnellzug Van-Debenay. Die Blätter berichten von sieben bis zehn Toten und etwa zwanzig Verwundeten. „Paul Journal“ beträgt die Zahl der bei der Eisenbahnkatastrophe von Kritik Verunglückten 15 Tote und 25 Verletzte.

Neuer Landarbeiterstreik

Mr. Berlin, 26. August. Das „Berl. Tageblatt“ berichtet aus Stettin: Nachdem der kürzlich im Kreise Grünau ausgebrochene Landarbeiterstreik durch Schiedssprüche beigelegt worden war, sind die Arbeiter auf einigen Gütern im Kreise Ren-Stettin jetzt in den Ausstand getreten. Sie verhindern die Bauern, die sich zur Dille anbieten, durch Bedrohung an der Arbeit.

Der auswärtige Dienst

Berlin, 25. August. Die erste Sitzung des Ausschusses zur Reform des auswärtigen Dienstes wird morgen um 11 Uhr vormittags im Reichswärtigen Amt unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Hausmann abgehalten werden. Der Ausschuss wird aus acht mit der Besetzung einiger frei gewordener und neu zu schaffender Stellen bestehen. Das Ernennungsberechtigt des Reichsministers des Auswärtigen wird selbstverständlich nicht berührt, sondern es soll über die Grundsätze für die Besetzung der Auslandsstellen und die damit zusammenhängenden Personalfragen gesprochen werden.

Gegen die Kapitalflucht

Berlin, 25. August. Nach den eingehenden Beratungen, welche die Reichsregierung mit Vertretern aller Berufe über die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht gepflogen hat, ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ von zukünftiger Stelle erfährt, nunmehr die Bildung einer „kleinen Kommission“ beabsichtigt zur Prüfung der weiteren Vorschläge, die als Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht geplant sind. Neben den Vertretern der Reichsregierung sind in dieser Kommission die maßgebenden Berufsleute vertreten.

Die Zukunft Oberschlesiens

Mr. Gliwitz, 25. August. Die 32. Reichswehrbrigade teilt mit: In der Nacht vom 24. zum 25. August fanden an zahlreichen Stellen Heberfälle polnischer Banden statt. Bei dem Angriff hatten die Aufrechter schwere Verluste. So wurde die Feldwache bei Gottschalkowitz von polnischen Banden angegriffen. Der Angriff wurde abgewiesen. In der Gegend von Konian fand ein Feuergefecht statt, das jenseits der Grenze durch Maschinengewehrfire unterstützt wurde. Eine Feldwache in Tschina wurde durch polnische Banden überfallen. Die Lage wurde dort wieder hergestellt. Die eigenen Verluste betragen hier 5 Tote und 2 Verwundete. Ein nächtlicher Angriff auf eine Kompanie in Georgenberg wurde abgewiesen. Hierbei erlitten die Aufrechter schwere blutige Verluste. Erbeutet wurden dabei ein leichtes Maschinengewehr und zahlreiche Gewehre. Die 32. Reichswehrbrigade teilt mit, daß in den frühen Morgenstunden des 25. August starke polnische Banden über Wladislaw bis nach Georgenberg vordrangen. Die Feldwache in Wladislaw wurde überfallen. Eigene Verluste: zwei Tote und ein schwerer Verwundeter. Ein Offizier und drei Mann wurden gefangen genommen. Der Angriff auf Georgenberg wurde blutig abgewiesen. Der Gegner büßte fünf Tote und drei Gefangene ein. Deutlich ist ein Fortschritt in der Lage von den Polen beiseit. Ein Gegenangriff wurde bereits im Gange. Keine weiteren bedeutenden Ereignisse.

Starke Bandenangriffe

Mr. Benthien, 25. Aug. In der Gegend von Blich wurden um 4 Uhr nachmittags starke Angriffe auf die Feldwachen in Konian und Gottschalkowitz unternommen. Der Angriff wurde von polnischen Banden eingeleitet. Der in Gottschalkowitz eingedrungene Feind wurde im Gegenangriff über die Grenze zurückgedrängt. Der Angriff auf die Feldwachen in Konian wurde abgewiesen. In Gliwitz wurde ein Angriff auf das Proviantamt abgewiesen. Sonst Ruhe.

Es wird wieder gearbeitet

Mr. Kattowitz, 25. August. Das Hainfelder Revier arbeitet voll. Im Fleiter Revier 70 Proz. und im Zentralrevier zu 50 Proz. Im Zentralrevier ist die Arbeitsaufnahme eine ziemlich durchgreifende, bis auf die Antonia-Büttengruben, wo sich die Leute der Arbeitenden nur auf 20 Proz. stellt. Von den hainfelder Gruben arbeiten voll die Bergbaubetriebe 1, 2 und 3, während die Bergbaubetriebe 4 nur teilweise arbeiten.

Mr. Damburg, 25. August. Die Streikleitung fordert in einer in den Morgenblättern veröffentlichten Bekanntmachung die streikenden Angestellten der Damburger Gruben auf, ihre Tätigkeit bereits am Montag früh wieder aufzunehmen. Diese Mahnung sei in dem Verhalten des Reichsarbeitsministeriums begründet. Die Streikleitung hält nach wie vor an ihren Forderungen fest, die durch zwei Schiedsprüfung bestätigt seien und sich auf die Dauer durch Rechtsweg nicht aus der Welt schaffen ließen.

Die Lage in Ungarn

Mr. Budapest, 25. August. (Korr. Büro.) Erzbischof Josef richtete folgende Proklamation an das ungarische Volk:

In den verhängnisvollen Stunden der schweren Krise übernahm ich auf Aufforderung die Leitung meines geliebten Vaterlandes. Daraus ermannte mich das hohe Bewußtsein, daß ich vielleicht denen helfen könnte, die mit den innigen Banden an mein Herz geknüpft sind, meinen geliebten Mitbürgern. Es leitete mich das Bewußtsein, daß aus ihren Händen herauszuführen, an die Schwelle einer besseren Zukunft. Nun, da ich sehe, daß unser Vaterland im Aufbruch aus dem Niedergang begriffen ist und die Vorbereitung der Wahlen ohne Hindernis in Gang kommen kann, derweil, daß die Nation ständlich auf ihren eigenen Willen ihre Zukunft gründen kann, erachte ich meine Tätigkeit als beendet und lege die Verantwortung in die Hände der Nation zurück. Meine Person soll kein Hindernis sein, daß unsere bisherigen Kräfte zu unseren Freunden werden und uns mit den zur Entfaltung unseres Volkes notwendigen Mitteln helfen. Ich trete von meinem Dienstposten zurück, doch bleibe ich in guten wie in bösen Tagen weiterhin bereit, meinem ungarischen Vaterland zu dienen, für das ich lebe und sterbe bis zum letzten Atemzug. Der Gott der Wagnisse möge meine geliebte Nation segnen und lasse das geliebte Vaterland aufblühen.

Mehr Arbeit

Mr. Amsterdam, 25. Aug. Laut „Telegraaf“ erklärte Hoover, der im Begriff ist, nach Amerika zurückzukehren, in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“, infolge der bevorstehenden Ernte sei die Lebensmittellage in Europa für einige Monate weniger ernst. Die Frage der Versorgung Europas mit Lebensmitteln, Getreide und anderen Lebensbedürfnissen könne jedoch nur dadurch gelöst werden, daß wieder wie vor dem Kriege gearbeitet werde. Mehr Arbeit und mehr Erzeugung, das sei die große Frage der kommenden Jahre.

Ebert und Noske

Mr. München, 25. Aug. Die Reichsversammlung meldet: Reichspräsident Ebert und Reichsminister Noske trafen heute in Berlin ein. Reichspräsident Ebert und Reichsminister Noske werden am kommenden Samstag dem Reichspräsidenten Reich einen offiziellen Besuch abstatten.

Brandstiftung

Mr. Berlin, 26. August. Den Mittagblättern zufolge richteten in der vergangenen Nacht im Militärlager von Boffen, wo erst vor einigen Tagen mehrere Baracken durch Feuer zerstört wurden, zwei neue Feuer wieder erheblichen Schaden an. Ingesamt sind neun Baracken mit zahlreichen Baracken wieder zerstört. In beiden Fällen wird Brandstiftung vermutet.

Die montenegrinische Republik ausgerufen

Berlin, 26. August. Die „Tagl. Rundschau“ meldet aus Rum: Nach einer Erklärung des „Secolo“ aus Genäve ist dort die montenegrinische Republik ausgerufen worden. Interalliierte Truppen sollen auf dem Wege nach Cetinje und Titus sein.

Zur Volksabstimmung in Schlesien

Mr. Versailles, 24. August. Der Oberste Rat der Alliierten beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß die Kollen für die Volksabstimmung in Schlesien zu gleichen Teilen von Deutschland und Frankreich getragen werden sollen. Er beschloß ferner, daß die Kollen mit dem erforderlichen Friedensvertrag, dessen Fertigstellung beschleunigt werden soll, mit einem am 1. September Paris verlassen wird, um den Debatten der italienischen Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages, die am 1. September beginnen, beizubehalten. Der Rat beschloß ferner, daß die Kollenfrage, über die früher Vorschläge den Rat erhaltet, nach seiner Meinung erklären sich die Spezialkommissionen nicht nur aus der Herabsetzung der Verhandlungen, sondern auch aus der Transportfrage. Er teilte mit, daß demnach eine Mission nach Polen reise, um dort die Kollenfrage zu klären.

Reichsminister Noske nach Berlin

Reheim, 25. August. Durch eine Verästelte Nachrichtenagentur ist die Meldung durch die ganze deutsche Presse verbreitet worden, daß Reichsminister Noske und Herr der Daut le merite, Bonger, sei in Reheim abgesetzt und so schwer verletzt, daß an seinen Antennen gearbeitet werde. Diese ist nur, daß Bonger bei einem Schiffsunglück in Reheim an geringer Oede abhörte und kurze Zeit ohne Bewußtsein war. Er hat aber keinerlei Verletzungen erlitten und befindet sich wohl in Gelsenkirchen, wo er bekanntlich Leiter des dortigen Hauptplatzes der Deutschen Luftfahrt ist.

Kreislehrervereine

Aus Kreisen des katholischen Lehrervereins wird uns mitgeteilt:

Das „Rheinische Tagblatt“ brachte am 10. Aug. folgende Notiz: „Nach im ganzen Regierungsbezirk Wiesbaden haben sich namentlich die Lehrer zu Kreislehrervereinen zusammengeschlossen. Im nördlichen Teil des Regierungsbezirks vollzog sich die Einigung rascher als im südlichen. Die Grenzen der Vereine decken sich im wesentlichen mit denen der politischen Kreise. Die Forderungen der Kreislehrervereinigungen be- wegen sich innerhalb des Programms des Preussischen Lehrervereins. Die beiden großen Lehrervereinigungen im Bezirk, nämlich der Allgemeine Lehrerverein und der Katholische Lehrerverein, sollen nebenher bestehen bleiben.“

Dieselbe Notiz erschien tags darauf mit einigen Anmerkungen auch in der „Rheinischen Volkszeitung“. Als die katholischen Lehrer solche faßen, schüttelten sie den Kopf, auch jene, die zu einem Kreislehrerverein gehören. Doch in den meisten Kreisen unseres Bezirks. Kreislehrervereine gegründet worden sind, ist Tatsache. Diese Vereine sind jedoch als lokale Vereinigungen gedacht, die nur die Interessen der Lehrerschaft eines bestimmten Kreises vertreten. Weltanschauungen sind über- all von den Vereinigungen ausgeschlossen. Die katho- lische Lehrerschaft hat ihren Beitritt zu den Kreis- vereinen nur unter dieser Bedingung angeteigt. Ferner sind die Kreisvereine auf den bestehenden Zweigvereinen des katholischen bzw. Allgemeinen Lehrervereins aufzubauen, sie setzen sich also nicht aus Einzelmitgliedern zusammen. In dieser Weise können diese Vereinigungen in den ihnen gesoge- nen Grenzen besonders für die materiellen Inter- essen der Lehrerschaft vielfach recht Ersprießliches leisten. Wenn nun aber in der Notiz behauptet wird, die Forderungen der Kreislehrervereine be- wegen sich innerhalb der Forderungen des Preussis- chen Lehrervereins, so ist hier wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. In einer Anzahl der Kreisvereine des Bezirks sind die katholischen Leh- rer in der Mehrheit, aber auch da, wo sie eine Minderheit bilden, werden sie sich nie dazu begeben, die Forderungen des radikal- laien Preussischen Lehrervereins, die vielfach mit den Forderungen eines Adolf No- mann übereinstimmen, zu den ihrigen zu ma- chen. Doch Bestrebungen vorhanden sind, die Kreisvereine zu Gliedern des Preussischen Lehr- vereins zu gestalten, ist bekannt, bekannt ist aber auch, daß die katholischen Lehrer diesen Bestre- bungen überall den energischsten Widerstand entgegen- setzen. Es war vielleicht von Seiten der liberalen Lehrer gedacht, durch die Kreislehrervereine eine Brücke in das Gebäude des katholischen Lehr- vereins zu legen. Sie werden heute schon ihren Irrtum erkannt haben. Die katholischen Lehrer bleiben ihrer Organisation treu. Sie vertreten auch in den Kreisvereinen die Forderungen des katholischen Lehrerverbands, die wohl in vielen materiellen und Bildungs- fragen mit denen des Preussischen Lehrervereins übereinstimmen, jedoch den radikalen Forderungen bezüglich des Religionsunterrichts, der konfessions- losen Schule und der konfessionslosen Lehrerbil- dung solche entgegenstellen, die mit der christlichen Weltanschauung und den Lehren der katholischen Kirche im Ein- klang stehen. In der Bewegung der christlichen Weltanschauung wissen sie sich auch einzig mit vielen christlich gesonnenen evangelischen Kollegen, die die erkenntnisfeindlichen Bestrebungen des Preussis- chen Lehrervereins ebenfalls verurteilen. Es ist so- gar nicht ausgeschlossen, daß sie die radikalen Bestre- bungen des Preussischen Lehrervereins ebenfalls verurteilen. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß die radikalen Bestre- bungen des Preussischen Lehrervereins ebenfalls verurteilen. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß die radikalen Bestre- bungen des Preussischen Lehrervereins ebenfalls verurteilen.

Wenn in der Notiz gesagt wird, die beiden großen Lehrervereinigungen sollen nebenher be- stehen, so klingt das, als ob man noch insulieren aus- drückt, den katholischen Lehrerverein bestehen lasse. Der Allgemeine Lehrerverein, als Glied des Preussis- chen Lehrervereins, würde ja soviel weiter- bestehen und in der Minderzahl nur verurteilt werden. Auch hier ist der Vorposten in einem Irrtum gefangen. Die katholischen Mitglieder der Kreisvereine betrachten nach wie vor den Katho- lischen Lehrerverein als die Organisation, der sie an erster Stelle zugehören. Sie wissen, daß nur im katholischen Lehrerverein die Inter- essen der katholischen Lehrer eine wirksame Ver- tretung finden und sich geltend machen. Der Katholische Lehrerverein ist auch heute noch und gerade heute eine Notwendigkeit, und von dieser Notwendigkeit ist die katholische Lehrerschaft durchdrungen, das bezeugt auch der Zuwachs, den der Verein im letzten Jahre ge- funden hat.

den hat. Wenn der Verfasser oben genannter Notiz andere Wünsche hegt, so ändert das nichts an dieser Tatsache.

Keine Notenabstempelung

Berlin, 24. August. An der im Reichsfinanz- ministerium abgehaltenen Beratung über Maß- nahmen zur Erhaltung der verkehrten Kapitalien haben Sachverständige aus allen Reichsteilen teilgenommen. Der Reichsfinanz- minister erklärte, wie verlautet, in der Bespre- chung, daß er angesichts der ernsten Bedenken gegen die Notenabstempelung zwar auf dem Plan in seiner jetzigen Form nicht beharren wolle, daß er aber trotzdem im Interesse der Gel- dung der Reichsfinanzen auf Mittel finnen müsse, um die Verringerung unseres ins- Angehörte gewachsenen Notenumlaufs herbeizuführen. Er wisse daher von der Sachverständigen- kommission unter allen Umständen erwarten, daß sie ihm bei der Ablehnung seiner Vorschläge neue Wege eröffne um zu diesem notwendigen Ziele zu gelangen. Er habe sich in diesem Sinne in die Schweiz abgesetzt. Nach seiner Rückkehr, wahrscheinlich gegen Ende der Woche, wird die Be- sprechung über diese Frage weitergeführt.

Künftig wird folgendes berichtet: Im Reichsfinanzministerium fand eine Beratung mit Sachverständigen aller beteiligten Berufsstände über den Plan des Umtausches der Bank- noten zwecks Erhaltung des darin verkehrten Vermögens statt. Von allen Beteiligten wurde die Überzeugung ausgedrückt, daß wirksame und scharfe Maßnahmen gegen die Steuerhinterzöher und Kapitalflucht getroffen werden müßten, und es wurde die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, der Reichsfinanzverwaltung zu diesem Ziele mit allen Kräften zu helfen. Gegen den zunächst vor- geschlagenen Umtausch aller Banknoten wurden dagegen von allen Seiten sehr ernste Beden- ken wegen seiner technischen Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit erhoben. Die Beratungen über weitere Maßnahmen zur Erhaltung des Vermö- gens, das bei der Sicherung zu entstehen sucht, werden in den Kreisen der Sachverständigen fort- geführt.

Kongreß der Erwerbslosen

Hamburg, 23. August. Hier tagte das sonder- bare Götze eines Kongresses der Erwerbs- losen Deutschlands. Es wurden verschiedene Reden gehalten und Beschlüsse angenommen, die alle radikal gefärbt sind. Das rein politische Rätesystem wird gefordert und als Pfeiler der neuen sozialisti- schen Gesellschaftsordnung bezeichnet. Verschieden- lich wurde der Diktatur das Wort geredet. Beson- ders beachtenswert für den Geist des Kongresses war, daß er einen Beschlusses sah, jede Beihilfe zur Be- schaffung der Arbeitslosen abzulehnen, bis die Arbeitsbeschaffung sozialistisch angeordnet sei. Einige wenige Redner hatten vorher vor einem solchen Beschlusse gewarnt und auf die für den Winter drohende Not hin gewiesen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde in der Frage der Wiederaufbauarbeiten in Belgien und Frankreich eine Entschiedenheit gegen vier Stimmen angenommen, die jede Beteiligung daran ablehnt. Über den Aufbau der Unter- richtungsorgane sprach Wilhelm Bruns, der be- tonte, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um die geplante Verabschiebung der Unter- richtungsorgane zu verhindern. Es wurde auf diesem Kongreß der Erwerbslosen außerdem ge- fordert, nur von Arbeitslosen, wo es nötig ist, war nicht die Rede.

Der Tunnelbau im Rhenkanal

Paris, 24. August. „Petit Parisien“ be- schäftigt sich in einem Leitartikel mit dem be- schäftigten Bau des Rhenkanals. Er schreibt, daß die Statistiken zeigen, daß der Handel Frank- reichs mit England in den Jahren 1902 bis 1912 nur um 3,6 % stieg, während in gleicher Zeit der Handel mit Deutschland um 9,8 %, der mit Italien um 4,5 %, der mit Spanien um 5,4 % und der mit Belgien um 9,7 % stieg. Die Schwierigkeiten der Verbindung beider Transports seien allein verantwortlich dafür. Wenn die Reise von Paris nach London nur 5-6 Stunden dauere, würden viele Leute nicht zögern, sie zu unternehmen, wodurch natürlich die Wirtschaftsverhältnisse gebessert würden. Der Ingenieur Journeaux, der bereits zahlreiche Tun- nels gebaut hat, schlägt den Aufbruch eines sogenannten Erkundungsschiffes vor. Derselbe soll drei Meter Durchmesser haben und 48 Kilo- meter lang sein. Der Bau dieses Schiffes würde an jedem Ende 2.000 Arbeiter beschäftigen und in 16 Monaten vollendet sein. Die Kosten würden 25 Millionen Franken betragen. Für den Bau des Kanals würden an jedem Ende 10.000

Arbeiter beschäftigt und bei einer täglichen Lei- stung von 60 Metern würde die Arbeit ins- gesamt drei Jahre dauern und einschließlich Schienenlegung im Tunnel 100 Millionen Franken kosten.

Der Beginn unserer Handelsflotte

Hamburg, 24. August. Die Elbenburg-Par- tialische Dampfschiffreederei A. G. in Hamburg und die Deutsche Dampfschiffreederei A. G. in Bremen eröffnen die gemeinsame Schif- fahrtslinie mit portugiesischen Dänen. Mitte und Ende September werden unter der erwähnten Vor- aussetzung je ein Dampfer von Hamburg nach Lissabon abgefahren. Die Reedereien verfügen für diesen Zweck noch über eigene Dampfer. In Be- tracht kommen für die ersten Fahrten der Dampfer „Elbenburg“ der Elbenburg-Portugiesischen Re- derei und der Dampfer „Sonia“ der Hansa-Linie, Schiffe von 1316 und 1121 Bruttoregistertonnen.

Odeßa von den Ukrainern besetzt

London, 24. Aug. Das Reutersche Büro erfährt, daß Odeßa von ukrainischen Truppen besetzt worden ist.

Besprechender Einmarsch in Aem

Berlin, 24. Aug. Wie die „Vossische Zei- tung“ erfährt, steht der Einmarsch der ukrainischen Truppen unter Besluga, die nur etwa 15 Kilo- meter vor Aem liegen, unmittelbar bevor, oder ist vielleicht schon in diesem Augenblick erfolgt. Die Stadt ist, wie schon gemeldet wurde, von den Bolschewiken geräumt.

Unterbindung der Einwanderung in Amerika

Washington, 24. Aug. Im Repräsentan- tenhaus wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, demzufolge der Einwanderungsausschuss ermäch- tigt wird, für zwei Jahre die gesamte Einwande- rung zu unterbinden. Die Ausländer, die sich auf ihre erste Einbürgerungsausschüsse berufen haben, um dem Militärdienst während des Krieges zu ent- gehen, können deportiert werden.

Nationalisierung der Wohnungen

Düsseldorf, 24. Aug. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat namentlich die von der Düsseldorf-Stadtwirtschaft beantragte Natio- nalisierung für über große Wohnungen genehmigt. Es fallen unter die Nationalisierung sämtliche im Verhältnis zur Zahl der Bewohner überhöhten Wohnungen, unter der Voraussetzung, daß die für diese Wohnungen erforderlichen Teile ohne erhebliche bauliche Veränderungen als selbständige Wohnungen abgetrennt werden können. Zur Un- terbringung von Einzelverleihen ohne selbständi- gen Hausbau kann die Stadtwirtschaft die wohn- liche Ausstattung bestimmter Räume mit ver- fägbaren Einrichtungsgegenständen gegen ange- messene Entschädigung verlangen.

Am Berlin, 23. Aug. Die Reichszentral- stelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß durch die Unterstützung der amerikanischen Kommission in Berlin aus Serbien 5000 deutsche Kriegsgefangene in drei Zügen abtransportiert worden sind. Sämtliche drei Züge werden dem Durchgangslager Reichelsberg zugeführt. Der erste Transport ist bereits eingetroffen, der zweite hat heute passiert, während der dritte sich zurzeit noch im Lager befindet.

Am Berlin, 24. August. Gestern nachmittag fand die Pränktion der Betriebe der Metallindu- strie statt, um die Abweisung des Beschlusses des Vollzugsrates zu nehmen. Es herrschte die Meinung, in den Generalrat zu treten, falls die Regierung die Arbeiterparlamentarismus des Vollzugs- rates weiter beschneidet.

Berlin, 24. Aug. Als Vizepräsident für die Angelegenheiten der weiblichen Polizeibeamten wurde Fräulein Kinsberger, Vorgesetzte des Be- zirksverbandes der Reichspolizei und Telegraphen- beamten in Darmstadt, ins Reichspolizeiministerium berufen.

Strasbourg, 24. August. Der Papst hat die beiden neuen Bischöfe von Strasbourg und Metz, Mgr. Ruch und Mgr. Felt, bestätigt. Ihre Vorgänger, Mgr. Fritzen und Mgr. Dengler, er- halten aus dem Budget des Landes-Verwaltung eine Pension von 10.000 Franken.

Am Haag, 23. August. Das Corbisbüro meldet antisch: Auf ein entsprechendes an die belgi- sche Regierung gerichtete Schreiben um Auslieferung hat der belgische Minister des Äußeren dem niederländischen Gesandten in Brüssel den authen- tischen Bericht, Text des vertraulichen von dem Minister des Äußeren an das belgische Große

Hauptquartier gerichteten Schreibens übermit- telt, aus dem von den Vätern ein großer Teil veröffentlicht wird. Das Schreiben ist mit vom 3. Juli, sondern vom 20. Mai 18. datiert. Washington, 24. Aug. Der Staatssekretär des Krieges, Baker, hat vor der Militärkommis- sion des Senats erklärt, daß die politische, wirt- schaftliche und nationale Ungewissheit, die in der Welt herrsche, es notwendig mache, ein Heer zu unterhalten, um gegen alle Möglichkeiten ge- wappnet zu sein. Er betonte die Notwendigkeit der Einführung des Wehrdienstes über die militärische Zwangsausbildung und die Bildung einer Armee in Stärke von 500.000 Mann.

Aus aller Welt

Kirchliches

Köln, 24. Aug. Um der Kollage der Kister und Organisten zu wehren, wendet sich das Erzbischöfliche Generalvikariat nochmals und zwar ausdrücklich an die Kirchenverbände, für diesen Zweck die Kirchenstellen bis zur Grenze der Ver- pflichtungsfähigkeit zu belassen.

Grünau, 24. August. Die Gemeindeverre- ter von Grünau sind auf folgenden Gedanken zur Einberufung der Wohnungsausschüsse gekommen: In Grünau sind gegenwärtig 30 Familien obdachlos, die wohl oder übel am 1. Oktober untergebracht werden müssen. Da neue Wohnungen in der Gie- richt zu beschaffen waren, die vorhandenen größe- ren sich auch nicht gut teilen ließen, sah man in der Gemeindeverreterversammlung den Ent- schluß, zunächst der obdachlosen Familien die Junggeheilen mit eigener Wohnung auf die Straße zu setzen. Die Gemeindevertretung wendete sich an den Wohnungsausschuss und erbat unter ein- gehender Schilderung der dortigen Verhältnisse, die Erlaubnis, sämtliche Junggeheilenwohnungen sofort für sich verwenden und deren Inhaber an- derweitig unterbringen zu dürfen. Der Woh- nungsausschuss entsand dem Ersuchen der Grünauer Gemeindeverreter, und so haben die unbewohnten männlichen Einwohner dieses Vor- ortes den Befehl bekommen, ihre Wohnungen am 1. Oktober zu verlassen. Immerhin sind die armen Grünauer Junggeheilen jedoch nicht ganz verlas- sen, denn die Gemeinde hat sich anständig gemacht, die von dem Ausbürgerer Betroffenen als „milde- lichte Herren“ anderweitig unterzubringen.

Strasbourg, 24. Aug. Der eiffrige In- genieur Kochlin hat ein Projekt entworfen für einen neuen großen Seitenkanal zum Rhein. Er sieht eine Breite von 90 Meter und ohne Unter- brechung Schifffahrt von Basel bis Rotterdam vor. Dabei sollen auch die Wasserkräfte des Rheines ausgenutzt werden bei einem mittleren Wasserfall von 10 bis 13 Meter bei jeder der acht Kanalschleusen, was 650.000 Pferdekraft Strom, den größten der Welt, erzeugen soll. Dadurch würde die Rheinwasserkraft erhöht. Das „Petit Journal“ hofft, daß eine internatio- nale Kommission das Projekt billigen wird.

Dortmund, 24. Aug. Von den Räubern, die am 1. August in der Nähe der Jette Sankt- Beanten dieser Jette 375.000 Mark Wohnungs- gelder raubten, sind in einem Breslauer Hotel drei gefasst worden. In ihrem Besitz befanden sich noch 50.000 Mark in Bat, außerdem trugen sie Schmuckstücke im Werte von 40.000 Mark bei sich. Bei zwei weiteren Hauptbeteiligten, die hier in Weinfalken als Kisten und Kisten verkehr- ten, steht die Verhaftung bevor. Ferner sind in der Angelegenheit zwei Russen als Fahndwindler erfaßt worden.

Jülich, 24. Aug. Wie rasend die Pach- preise für Bauernhöfe in die Höhe geschossen sind, zeigte sich in Lieden. Der bisherige Päch- ter zahlte für einen 32 Hektar umfassenden Hof, mit allen Wirtschaftsgütern jährlich 3000 Mark. Im neuen Versteigerungstermin wurde auf das höchste Angebot mit 18.400 Mark der Zuschlag erteilt. Ähnlich verhält es sich mit der Höhe der Kaufsumme für Bauernhöfe. In Neulouisen- dorf wurde ein 21 Hektar großer Ackerhof für 260.000 Mark verkauft. Eine solche Steigerung der Bodenpreise kann auf die Dauer nicht hand- halten und muß zum Ruin der Landwirtschaft führen. In ein Sinken der Preise für landwirt- schaftliche Erzeugnisse ist bei diesen um das Sech- fache erhöhten Preisen noch nicht zu denken.

Berlin, 24. Aug. Ein Koffer mit 100.000 Mark Werte in einem „alten Gefährt“ in die Hände gefallen. Ein Rittgutsbesitzer aus der Gegend von Chlau vertraute seinen Koffer bei seiner Ankunft auf dem Siedtiner Bahnhof

Das Testament

Russischer Gesellschaftsroman.

Von Hans Sicker.

28) Nachdruck verboten.

Er blühte sich unternehmungslustig an, nach allen Seiten, die an ihm vorüberzogen. Sie hielten seiner Kritik nicht stand, es war nichts, — die Dora blieb die hübschste.

Erst hatte Sehnsucht hatte er, wieder zu ihr zu kommen, er wollte sie, als er das Zimmer be- trat, gleich in die Arme nehmen und sie küssen. Sie beugte den Kopf zurück:

„Nur, Nikolai, du riechst nach —“

Er lachte belustigt:

„Champagner — was schadet das. Du triffst ihn doch auch gern.“

Er lächelte sie trotz ihres Sträubens und fragte:

„Bist du dich nach mir geküßt, bist du zu- frieden, daß ich wieder bei dir bin?“

Sie nickte. Nach dem, was sie nach Russland zurückgeführt, ob er Gefühlsregungen eingegeben, was an der Erde sei, fragte sie nicht. Sie dachte kaum noch daran, sie war so froh, wieder in Petersburg zu sein.

Auch auf Peterhof freute sie sich, auf ihr Land- haus, wollte daher Nikolai zurechen, recht lange dort zu bleiben.

Ein bißchen Schmutz war auch dabei. Der Frau Kartschagin würde man sich von allen Seiten wieder nähern, ihren Berber suchen — sie wollte dann die Leute ein wenig von oben herab behandeln — zur Strafe dafür, daß man sie vorher so vernachlässigt hatte.

Das hatte sie sich überlegt, als sie allein im Hotel geblieben.

„Bist du schon gefahren?“

„Ja, ein wenig — warum fragst du?“

„Warum dann gleich nach Peterhof. Es ist schönes Wetter, was sollen wir hier im Hotel sitzen?“

Sie war einverstanden:

„Wen, in ein paar Minuten bin ich fertig.“

Schon von Berlin aus hatten sie an Olga dede- schiert, daß sie zurückkommen, so fanden sie das Haus in besser Ordnung.

Am Abend gingen sie in den Park, wo die kaiser- lichen Kapellen konzertierten.

Bänke und Stühle vor dem Musikstempel und in den Wegen umher waren dicht besetzt, sie suchten eine Stelle herauszukommen zwischen all den anderen, die zu spät gekommen und keine Plätze erhalten hatten.

Es ging sich ganz hübsch, so im Salsendrian, unter den Klängen der Musik und dem Rauschen der Fontänen.

Wenn die Musik aufhörte, mischte sich in das Plätschern der Wasserläufe als Begleitung das Rauschen des Meeres.

Kartschagin hatte sich bei Dora eingekauft. Er ließ seine Augen umherschweifen, um zu sehen, wie diese Gesellschaft seinen Gruß aufnahm, wenn ihm ein bekanntes Gesicht aufstieg. Ein wenig un- sicher vor neuem — als er jedoch auch hier nichts auffälliges wahrnehmen konnte, gewann er seinen Gleichmut wieder.

Als sie an einer Gruppe vorbeikamen, löste sich aus derselben schnell eine Dame und trat auf sie zu.

„Meine liebe Frau Kartschagin, welche Lieber- rathung. Schon zurück von der Reise?“

Frau Banddirektor Galliani strahlte das her- aus, ohne eine Antwort abzuwarten. Den Kopf schon wieder halb zurückgewandt, um zu sehen, ob ihr auch keiner aus ihrem Kreis verloren ge- gangen war.

Einige Herren waren ihr gefolgt, darunter Graf Wolling.

„Sie sind doch alte Bekannte, nicht — kommen Sie doch näher, lieber Wolling.“

Der Graf schüttelte den Kopf, sie hatte ihn schon wieder „lieber Wolling“ genannt.

Jedemal war er während darüber und nahm sich vor, fortzubleiben, und kam doch immer wieder.

Er vorbeugte sich vor Dora, reichte Kartschagin die Hand und sagte irgend etwas. In ver- schiedenen waren seine Worte nicht, Frau Galliani sprach schon wieder davon, was, als auch die übrigen Herren hinweggetreten waren, Dora be- saß —

„Hören Sie, liebes Kind — ich darf Sie doch noch so nennen, ich bin doch länger Frau — was machen Sie?“ — Geschichten.“

Dora erzählte.

„Ja, ich?“

„Ja, Sie, wer sonst. Zur Hochzeit haben Sie niemand eingeladen. Weinade hätten Sie auch nicht übergehen — Brautbräutigam haben Sie auch nicht gemacht — gut, gut, ich verstehe — Sie waren in Teater, wollten noch nicht herabsteigen — aber jetzt tauchen Sie hier in Peterhof bei der Musik auf — haben noch keinem Menschen einen Besuch gemacht. Wenn Ihnen die Leute böse sind, ist es ihnen doch wirklich nicht zu verargen.“

„Sie sind doch erst heute angekommen, wir —“

„Dann sind Sie entzündigt, müssen aber nach- haken.“

„A propos, Sie können gleich heute einen Anlauf machen, nehmen Sie uns mit zum Tee.“

Ja, verurteilt, in das Restaurant hier in Peter- hof kam man nicht gehen, das ist miserabel. Abge- macht — ich nehme nur Wolling mit, die anderen können zu meinem Mann zurückgehen und mich später abholen.“

Wir sind mit unserem Motorboot hier, das lassen Sie noch nicht. Mein Mann hat es aus England vertrieben, prachtvoll — neulich waren wir weit aus Meer hinausgefahren.“

Frau Galliani wollte den jungen Attache heran- ziehen, schiden Sie die anderen Herren zu meinem Mann und kommen Sie mit uns. Frau Kartschagin hat uns zum Tee eingeladen.“

Dora sagte ihrem Mann einige Worte, sie gingen zurück ins Landhaus.

Eine Stunde oder mehr mochten sie geessen haben, als sich draußen vor dem Fenster Stimmen hören ließen — Frau Galliani rief aus:

„Sie kommen, wir müssen fort.“

Vielen Dank, kleine Frau. Denken Sie daran, was ich Ihnen gesagt habe.“

Adieu, Adieu. Auf Wiedersehen. Schnell, lieber Wolling, wir dürfen nicht warten lassen.“

Dora und Nikolai begleiteten sie hinaus, sie begrüßten noch die anderen. Als alle fort waren, fragte Kartschagin:

„Was hat die Galliani vorgebracht.“

„Sie haben mich aufgefangen, nicht alles — was redete sie in dich hinein?“

Dora erzählte, ihr Mann meinte:

„Sie hat recht. Wir müssen anfangen, unter-

Wenden zu geben. Wenigstens den Bekannten von dir, die hier draußen wohnen, wollen wir Besuch machen — du bist doch einverstanden.“

„Wenn es sein muß?“

„Ja, es muß sein. Dora. Die Menschen glau- ben sonst, wir fürchten uns vor ihnen.“

Am Ende des Tages kam es vorläufig nicht, denn als sie sich an einem der nächsten Tage dazu entschlossen hatten, auch schon fertig zum Gehen waren, meldete Olga, daß jemand den Herrn zu sprechen wünsche.

Sie tat dabei ganz verlegen, so daß Kartschagin fragte:

„Was hast du denn, wer ist es?“

Auch er war nicht ruhig, jede einfache Kleinig- keit erschreckte ihn, er dachte gleich wieder an das Testament.

„Ein Polizist, gnädiger Herr.“

Kartschagin zuckte zusammen — ein Polizist.

Er weiß doch, daß das gleich geschehen muß, was machte das aus. Der Mann kam wohl wegen der Anmeldung.

Dier in Peterhof, wohin im Sommer die kaiserliche Familie oft kam, war man sehr streng damit, ihm fiel ein, daß er seine Ankunft noch nicht angezeigt hatte.

„Nimm ihn in mein Zimmer, ich komme gleich.“

Olga ging, er wendete sich an Dora:

„Was machst du für ein Gesicht, hast du auch Angst vor der Polizei wie Olga?“

„Nach dir nur fertig, ich bin gleich zurück, der Kerl kommt wohl, um zu hören, ob wir hier wohnen bleiben. Der Hausknecht hat die Anmeldung verlesen, weiter nichts, ich werde ihm die Ohren abreißen.“

Er weiß doch, daß das sofort geschehen muß, hier in Peterhof stehen sie doch immer Ver- schönerer und fiebern jedem nach.“

Er schied seiner Frau leicht über das Haar, pfiff ein paar Töne vor sich hin und ging.

In seinem Zimmer fand er den Polizisten. Der Mann verneigte sich tief, nahm aus einer Wappe, die er in der Hand hielt, ein Papier und überreichte es Kartschagin.

(Fortsetzung folgt.)

